



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



KATJA KEUL

INFOPOST

SEPTEMBER 2011



THEMEN

AUSLANDSEINSÄTZE DER BUNDESWEHR * GEMEINSAME
SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK * PRIVATE
SICHERHEITSFIRMEN * RÜSTUNGSEXPORTKONTROLLE *
MEINE REGION



INHALT Seite 02 BEGRÜSSUNG Seite 05 AUSLANDSEINSÄTZE DER BUNDESWEHR Seite 05 GEMEINSAME SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK Seite 06 PRIVATE SICHERHEITSFIRMEN Seite 06 RÜSTUNGSEXPORTKONTROLLE Seite 08 MEINE REGION



Liebe Bürgerinnen und Bürger, lieben Freundinnen und Freunde,

die Sommerpause ist längst vorbei und wir starten in einen unberechenbaren Herbst.

Gestärkt hat uns dabei u.a. das tolle Ergebnis der niedersächsischen Kommunalwahl am 11. September. In Nienburg und Schaumburg konnten wir uns in Kreistagen, Stadträten und Gemeinderäten überwiegend verdoppeln. In vielen kleinen Gemeinden, die bislang ganz ohne Grüne auskommen mussten, sind jetzt grüne MandatsträgerInnen vorhanden. Allein in einer Kleinstadt wie Nienburg können wir nun mit 17 % der Stimmen insgesamt 6 Stadtratsmitglieder stellen. Ebenso erfolgreich verliefen die Wahlen in den benachbarten Kreisen, von Diepholz über Verden, Osterholz bis Cuxhaven, und im restlichen Niedersachsen.

Für uns Grüne hat es im letzten Jahr auch in der restlichen Republik viele Wahlerfolge zum Feiern gegeben.

Trotz des halsbrecherischen Wendemanövers der Kanzlerin in Sachen Atomausstieg konnte sie unseren Wahlsieg in Baden-Württemberg nicht mehr verhindern. Was hätten wohl meine Heidelberger Großeltern gesagt, wenn sie erlebt hätten, dass das Ländle mal erstes grün regiertes Bundesland sein würde?

Winfried Kretschmann lässt sich auch nicht aus der Ruhe bringen und hat den Rückenwind über seine ersten Regierungsmonate gut halten können.

Zwei Mitglieder unserer Fraktion sind in Baden-Württemberg und eine Kollegin in Rheinland-Pfalz in die Landesregierung eingetreten, so dass wir drei neue Kollegen in unsere Reihen aufgenommen haben.

Mit dem Erfolg in Mecklenburg-Vorpommern sind Grüne nun erstmals in allen 16 Landesparlamenten vertreten.

Da die Abstimmung zur Änderung des Atomgesetzes innerhalb der Grünen umstritten war und weil es sich um eins der zentralen Gründungsthemen der

Grünen handelt, beschloss der Bundesvorstand zu dieser Frage einen außerordentlichen Parteitag abzuhalten.

Die BDK in Berlin wurde zu einem Aushängeschild für die basisdemokratische Kultur innerhalb der grünen Partei. Die Führungsspitze von Partei und Fraktion hatte sich klar positioniert, doch war es nicht klar, ob die Delegierten dieser Position folgen würden. Das war mutig und durchaus nicht ohne Risiko. Da das Ergebnis nicht vorher absehbar war, wurde die Debatte besonders spannend.

Je intensiver ich mich mit der Gesetzesvorlage auseinandergesetzt habe, umso wichtiger wurde mir die Zustimmung dazu. Wir hatten letztlich nicht zu entscheiden, ob 2021 besser ist als 2017, sondern ob die sofortige Stilllegung von 8 AKWs und die Abschaltung aller anderen bis 2021 besser ist als die Laufzeitverlängerung vom Herbst. Noch deutlicher wird es, wenn man sich vor Augen führt, dass im Gesetzeswortlaut von „spätestens“ die Rede ist. Mit der Zustimmung zu diesem Änderungsgesetz haben wir keinerlei Positionen aufgegeben. Nichts hindert uns daran, weiter für kürzere Laufzeiten, gegen Gorleben und für eine ergebnisoffene Endlagersuche einzutreten und zu demonstrieren.

Trotz aller Atomdebatte habe ich den Krieg in Libyen nicht vergessen können. Immer wieder vermeldeten die Medien den unmittelbar bevorstehenden Sieg der Rebellen. Dennoch zogen sich die Kämpfe um Misrata mit tausenden Toten immer länger hin. Auch beim Kampf um Tripolis haben sich grauenvolle Massaker ereignet. Schätzungen nach, hat der Konflikt bis heute 30.000 bis 50.000 Menschenleben gekostet. Auch wenn es jetzt so aussieht, als habe die bessere Seite gesiegt, vermag ich nicht über den hohen Preis dieses Sieges hinweg zu jubeln. Die verbreitete Behauptung, es sei ja nochmal alles gut gegangen und alle Kritiker seien eines besseren belehrt worden, entbehrt nicht eines gewissen Zynismus. Nicht zuletzt das Völkerrecht und die vielbeschworene responsibility to protect haben bei diesem Militäreinsatz Schaden genommen.

Im Sicherheitsrat wird es auf lange Sicht kein solches Mandat mehr geben, nachdem sich die Staaten, wie Russland und China, die erstmals bereit waren, den Weg für einen Militäreinsatz zum Schutze der Menschenrechte zu öffnen, sich für einen nicht mandatierten Regimechange missbraucht sehen.

In der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause hat die Bundesregierung nochmal für einen Adrenalinschub der besonderen Art gesorgt, als sie sich

weigerte zu erklären, ob sie Panzerlieferungen nach Saudi Arabien genehmigt hat oder nicht. Näheres dazu in diesem Infobrief und auf meiner Website.

In den kommenden Sitzungswochen wird vor allem die Debatte um Europa und die gemeinsame Währung im Vordergrund stehen. Am 29. September werden wir Abgeordneten über das Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus abstimmen und es ist nicht ausgeschlossen, dass die Kanzlerin keine eigene Mehrheit in ihrem Lager bekommt. Das wäre dann das Ende von Schwarz-Gelb, auch wenn die parlamentarische Mehrheit als solche durch die Stimmen von SPD und Grüne gesichert ist. Auch wir sind allerdings gefordert, diese komplexe Entscheidung zu begründen und zu erklären. Das ist nicht einfach, da die Bürgerinnen und Bürger zu Recht verunsichert sind. Vieles hängt davon ab, wie ernst wir das Risiko eines Auseinanderbrechens der Währungsunion halten und ich halte es für sehr ernst. Das wäre das Ende des Traumes von einem vereinten, friedlichen Europa, wie ihn die Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg geträumt haben. Man darf sich auch keine Illusionen machen, was diese Variante für wirtschaftliche Konsequenzen für Deutschland hätte. Bei Gründung der Währungsunion wurden viele Fehler gemacht, weil gerade wir Deutsche die Vorteile des Euros genossen haben, ohne die erforderlichen Konsequenzen mit zu tragen. Jetzt stehen wir am Scheideweg, wo wir uns entscheiden müssen: Lassen wir es auf das Auseinanderbrechen der Währungsunion ankommen oder trauen wir uns, die verpassten Integrationsschritte der letzten 20 Jahre im Schnelldurchlauf nachzuholen, um das Projekt als Ganzes zu retten? Ob Letzteres zum Erfolg führen wird, ist keinesfalls sicher – wenn wir es aber nicht versuchen, haben wir gleich verloren. Was nicht funktionieren wird, ist ein unentschiedenes Weder-Noch, wie es die Kanzlerin uns seit eineinhalb Jahren vormacht.

Für weitere Informationen möchte ich Sie auf das EURO-Special der grünen Fraktionshomepage und den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Errichtung des europäischen Stabilisierungsmechanismus verweisen:

<http://www.gruene-bundestag.de/cms/euro/rubrik/18/18478.euro.html>

[Den Gesetzentwurf finden Sie hier.](#)

Neben all den Risiken dürfen wir auch die Chancen, die sich jetzt bieten, nicht aus den Augen verlieren.

In diesem optimistischen Sinne



AUSLANDSEINSÄTZE DER BUNDESWEHR

Im Juni und Juli habe ich der Fortsetzung der Bundeswehreinmärsätze im Kosovo (KFOR), vor der Küste des Libanon (UNIFIL) und im Südsudan (UNAMID) zugestimmt. Ebenso habe ich den UNMISS-Einsatz befürwortet. Hier war ein neues Mandat des UN-Sicherheitsrates notwendig, da am 9. Juli 2011 mit breiter internationaler Anerkennung der neue Staat Südsudan gegründet wurde. Um einen friedlichen Staatsbildungsprozess zu unterstützen, bleibt die internationale Gemeinschaft mit Friedenstruppen in der Region. Die Bewertung des KFOR- und UNIFIL-Einsatzes aus grüner Sicht finden Sie unter:

Rede zur Fortsetzung des KFOR-Einsatzes:

<http://www.youtube.com/watch?v=VHzRmvQ1fCY>

Entschließungsantrag zu UNIFIL:

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/061/1706142.pdf>

Mir ist sehr wichtig, dass der Parlamentsvorbehalt bei Bundeswehreinmärsätzen im Ausland von der Bundesregierung ernst genommen wird. Daher hat meine Fraktion Verfassungsklage in Karlsruhe eingereicht, um vom Bundesverfassungsgericht feststellen zu lassen, dass der sogenannte „Pegasus“-Einsatz der Bundeswehr in Libyen der Zustimmung durch den Bundestag bedürft hätte. Hier schickte die Bundesregierung eine Transall-Maschine der Bundeswehr mit schwer bewaffneten Soldaten nach Libyen, um von dort deutsche Staatsbürger zu evakuieren. Gegen die Evakuierung als solche, haben wir Grüne keine Einwände. Jedoch hätte die Bundesregierung die nachträgliche Zustimmung des Bundestags einholen müssen. Dies ist nach dem Parlamentsbeteiligungsgesetz immer dann erforderlich, wenn mit einer bewaffneten Auseinandersetzung gerechnet werden muss. Das war unserer Meinung nach hier der Fall. Offensichtlich versucht die Bundesregierung, die Grenzen des Parlamentsbeteiligungsgesetzes auszutesten. Das können wir als Parlamentarier nicht durchgehen lassen.

PARLAMENTARISCHE KONTROLLE DER GEMEINSAMEN SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK (GSVP):

Bereits in der letzten Infopost hatte ich über die grünen Aktivitäten berichtet, die parlamentarische Kontrolle der GSVP nach Auflösung der Westeuropäischen Union (WEU) sicherzustellen. Im Juli 2011 hatte ich im Bundestag die Gelegenheit darzulegen, wie wir Grüne absichern wollen, dass der Parla-

mentsvorbehalt des Deutschen Bundestages bei allen Einsätzen der Bundeswehr nicht dadurch entkräftet wird, dass immer mehr Entscheidungen auf europäischer Ebene ohne jede parlamentarische Kontrolle fallen. [Mehr dazu hier](#).

Unseren Antrag finden Sie [hier](#).

PRIVATE SICHERHEITSFIRMEN

Die derzeitige Diskussion um den Schutz deutscher Handelsschiffe vor Piraten zeigt, wie dringend klare Regeln für private Sicherheitsfirmen sind. Leider steuert die Bundesregierung auch bei diesem Thema in die falsche Richtung. Statt solche Firmen zu regulieren, denkt sie darüber nach, das Waffenrecht zu lockern und private Sicherheitsleute mit Kriegswaffen auszustatten. Auch in ihrer Antwort auf meine Große Anfrage „Regulierung Privater Militär- und Sicherheitsfirmen“ (<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/067/1706780.pdf>) offenbart die Bundesregierung, wie widersprüchlich ihre Haltung zu diesem Thema ist. Allgemein lehnt sie eine Regulierung ab, prüft aber eine Zertifizierung von Sicherheitsfirmen, die Handelsschiffe schützen wollen. Sie begrüßt, dass sich auf internationaler Ebene Sicherheitsfirmen einen Verhaltenskodex gegeben haben, stört sich aber nicht daran, dass noch keine deutsche Firma diesen Kodex unterzeichnet hat und verteilt fleißig weiter Aufträge an diese Firmen. Hier gibt es eine klare Regelungslücke und ich arbeite daher an konkreten Vorschlägen, wie diese Lücke geschlossen werden kann.

RÜSTUNGSEXPORTKONTROLLE

In den vergangenen Monaten standen vor allem die Ereignisse in Nordafrika und im Nahen Osten im Mittelpunkt. Die Diskussion über Waffenlieferungen an Despoten fand ihren Höhepunkt in dem Bekanntwerden des geplanten Leopard II Kampfpanzer Verkaufs an Saudi Arabien. Im Falle des Panzer Deals haben wir versucht, mit einem eigenen Antrag den Widerruf erteilter Exportgenehmigungen zu erreichen (<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/065/1706529.pdf>). Die grüne Position habe ich in meinen beiden Reden deutlich gemacht.

Rede in der Aktuellen Stunde am 6.7.2011:

http://www.youtube.com/watch?v=KODO-fe_MYg

Rede in der Debatte am 8.7.2011:

<http://www.youtube.com/watch?v=aLqQXYF-6vM>

Da die Bundesregierung sich konsequent geweigert hat, dem Parlament und mir persönlich als Abgeordnete Auskunft über die Exportgenehmigungen des Bundessicherheitsrates zu geben, habe ich zusammen mit Hans-Christian Ströbele und Claudia Roth Klage vor dem Bundesverfassungsgericht erhoben.

Die Debatte um Panzerlieferungen für Saudi-Arabien hat die Defizite der deutschen Rüstungsexportkontrolle deutlich zu Tage treten lassen. Die Bundesregierung betreibt eine industrienah, exportfördernde Politik und missachtet damit die geltenden Exportrichtlinien. Sie genehmigt die Ausfuhr von Rüstungsgütern hinter verschlossenen Türen ohne jegliche parlamentarische Kontrolle. Im Rahmen einer öffentlichen Anhörung am 6. September 2011 diskutierten wir mit Vertretern aus Schweden und Großbritannien sowie von NGO's, der Wissenschaft und der Bundesregierung, neue Wege zu mehr Transparenz und parlamentarischer Beteiligung. In der Veranstaltung wurde im europäischen Vergleich herausgearbeitet, wie die Regierung einer stärkeren parlamentarischen Kontrolle unterworfen werden kann. Der renommierte Friedens- und Konfliktforscher Dr. Bernhard Moltmann verwies darauf, dass Transparenz kein Selbstzweck sei, sondern die Voraussetzung, um verantwortliche Entscheidungen zu treffen, umzusetzen, nachzuvollziehen und zu überwachen. In der Rüstungsexportkontrolle sind unsere europäischen Partner deutlich weiter, hier besteht in Deutschland erheblicher Nachbesserungsbedarf. Eine Zusammenfassung findet sich hier: http://www.gruenebundestag.de/cms/sicherheitspolitik/dok/390/390029.schluss_mit_dunklen_ruestungsgeschaeften.html

IM JUNI besuchte ich mit Bundeskanzlerin Angela Merkel die USA. Dabei hatte ich Gelegenheit, die Reaktion der amerikanischen Seite auf die Enthaltung Deutschlands im UN Sicherheitsrat zur Libyen-Intervention aus erster Hand kennen zu lernen.

Mit Sevim Dagdelen (Linke) und Hillary Clinton bei einem Empfang im State Department



MEINE REGION



STARK STEIGENDE MITGLIEDERZAHLEN können viele Kreisverbände meiner Region verzeichnen. Das Foto zeigt den Empfang für Neumitglieder in Schaumburg. Links die Schaumburger Kreisvorsitzende Marion Lenz und ihr Stellvertreter Wilhelm Klusmeier.



Diepholz: Im Gespräch mit Oberstleutnant Andreas Müller und Soldaten der Luftwaffeninstandhaltung



Mit Katja Breuer, Peter Sokolowski (vom Kreisvorstand der Grünen) und OB-Kandidat Michael von den Berg im Gespräch vor dem Marinearsenal. Quelle: WZ-Bilddienst

BEIM BESUCH DER BUNDESWEHR-STANDORTE Wilhelmshaven und Diepholz machte ich deutlich, dass ich mich im Bundestag gegen die externe Vergabe sensibler Bereiche an Privatfirmen einsetzen werde.

Ein Interview auf dem Bürgerportal-Wilhelmshaven-Kanal zur Zukunft des Standortes sehen Sie hier: http://www.youtube.com/watch?v=WvCMPxUcfow&feature=channel_video_title

DIE JUGENDARBEITSLOSIGKEIT IN NIEDERSACHSEN lag 2010 mit 10,5 Prozent über dem Bundesdurchschnitt und ist entgegen dem Bundestrend von 2009 auf 2010 sogar gestiegen. Darüber hinaus sind mehr als 46 Prozent, also fast die Hälfte der arbeitslosen Niedersachsen, ohne Berufsausbildung und auch dieser Anteil ist im Bundesvergleich überdurchschnittlich hoch.

Es sind gerade die sozialen Projekte für junge Menschen, die durch mangelhafte Finanzausstattung ausgebremst werden. Die Gesetzgebung des Bundes spielt dabei eine Schlüsselrolle. Die so genannte Instrumentenreform von Arbeitsministerin von der Leyen bedroht die erfolgreiche Arbeit für junge arbeitslose Menschen indem ihr die finanzielle Grundlage entzogen wird. Mit unserem Kreistagsabgeordneten Ralf Bürmann besuchte ich die Jugendwerkstatt Nienburg und war beeindruckt von dem pädagogischen Konzept und den kreativen Kunstwerken der Jugendlichen auf dem Gelände.



Jugendwerkstatt Nienburg: Die Pläne der Regierungskoalition zur Kürzung von Fördermaßnahmen im SGB II gefährden die erfolgreiche Arbeit der niedersächsischen Jugendwerkstätten bei der Integration benachteiligter Jugendlicher.



Mit Helge Limburg, Manfred Sanftleben und Hedda Freese. In der Mitte Moderator Heinz-Friedel Bomhoff

BEI EINEM WEITEREN „PARLAMENTARISCHEN ABEND“ in Nienburg berichtete ich gemeinsam mit unserem örtlichen Landtagsabgeordneten Helge Limburg, dem Kreistagsabgeordneten Manfred Sanftleben und der grünen Stadträtin Hedda Freese aus Parlamenten und Räten über unsere Tätigkeitsschwerpunkte des letzten halben Jahres. Es freut mich sehr, dass Nienburgs Grüne auf allen Ebenen von den Kommunalparlamenten bis zum Bundestag repräsentiert sind und damit den Bürgerinnen und Bürgern umfassende Informationen aus erster Hand zur Verfügung stehen: Vom geplanten neuen Ganzjahresbad in Nienburg über das Klimaschutzkonzept des Landkreises und die Schulpolitik bis hin zur Rüstungsexportkontrolle.

„**MAGHREB IM UMBRUCH**“ lautete der Titel einer Veranstaltung der Stiftung Umwelt und Leben, an der ich in Hannover teilnahm und mit Barbara Unmüßig (Heinrich-Böll-Stiftung) und Mounir Azzaoui (Arbeitskreis Grüne Muslime) über den arabischen Frühling diskutieren konnte.

Azzaoui kritisierte den westlichen Umgang mit dem Islam. Soziale und demokratische Bewegungen in der arabischen Welt seien eng mit der islamischen Religion verknüpft. Hiesige Islamismus-Debatten seien häufig Dialog-behindernd und würden in arabischen Staaten oft als Rechtfertigungsversuch für die jahrzehntelange Unterstützung autokratischer Herrscher verstanden.

Barbara Unmüßig analysierte die Lage vor allem in Ägypten, während ich von den Eindrücken meiner Reise nach Algerien, Marokko und Mauretanien berichtete. In der lebhaften Diskussion über Libyen habe ich dargelegt, warum die Luftangriffe der NATO auf die Infrastruktur des Landes gegen geltendes Völkerrecht verstossen.





EINE VERANSTALTUNG MIT MEINEM FRAKTIONSKOLLEGEN FRIEDRICH OSTENDORFF, der unser Agrarpolitischer Sprecher ist und in Bergkamen einen Bio-Bauernhof betreibt, füllte das hiesige Naturfreunde-Haus bis auf den letzten Platz.

Unter den Zuhörern und Diskussionsteilnehmern waren zahlreiche Landwirte, die zum agrarpolitischen Kurs der Grünen viele interessierte und kritische Fragen stellten.

Friedrich Ostendorff stellte seine Grundüberzeugung dar, nach der nur eine bäuerliche Landwirtschaft eine ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes gewährleistet. Als Gegensatz dazu sieht er vor allem eine Agrarindustrie, die sich mit Monokulturen und quälender Massentierhaltung zuallererst an Kapitalverwertung und Marktanteilen orientiere. Da sind wir ganz einer Meinung: Eine grundlegende Wende in der Agrarpolitik ist notwendig.

ES IST FÜR MICH IMMER WIEDER EINE BESONDERE FREUDE, Gäste aus meiner Region in Berlin zu begrüßen.

Ein besonderer Gast war im August Herr Georg Brandt aus Lemwerder. Auf meiner Sommerradtour durch die Kreisverbände von Nienburg nach Cuxhaven waren meine Begleiter und ich hinter Bremen in offener Landschaft durch andauernden Starkregen gefahren und völlig durchnässt. Herr Brand erklärte

sich spontan bereit unser Team per Anhänger mitsamt den Fahrrädern sicher zum nächsten Abendtermin zu fahren.

Dass er eine Bundestagsabgeordnete gerettet hatte, erfuhr Brandt wenige Wochen später, als er ein herzliches Einladungsschreiben nach Berlin bekam.



EINE WEITERE AUSWAHL VON KURZBERICHTEN ZU MEINEN AKTIVITÄTEN IN DER REGION FINDEN SIE UNTER:

<http://katja-keul.de/regional/presse-nachrichten-2011/>

- Das geplante Europäische Fachzentrum Moor und Klima
- Barnstorf: Welthaus und „Gläserne Konversion“
- Gegen Neonazis in Bad Nenndorf
- Besuch in der Kunstschule Stolzenau
- Informationsgespräch im Rathaus: Fernwärmeprojekt Steyerberg

und vieles mehr...

www.katja-keul.de

BERLIN

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
T: 030 / 227 - 71664, F: 030 / 227 - 76591
Katja.Keul@bundestag.de

NIENBURG

Wahlkreis- und Regionalbüro Katja Keul MdB
Wallstraße 2a, 31582 Nienburg
T: 05021 / 92292-55, F: 05021 / 92292-56
Katja.Keul@wk.bundestag.de